Protokoll & Analyse: Tacheles zum Stadttheater Rüsselsheim

Sendedatum: 04.08.2025 | **Medium:** Radio Rüsselsheim (Politikmagazin "Tacheles") **Quelle: https://youtu.be/D6PcqHE4UJI** Moderation: **Jürgen Merz** Gäste:** * Doris Andörfer (Cinema Concetta / Filmförderung, Kulturpreisträgerin 2002) * Sigrid Rös (Kulturpreisträgerin 2000) * Wilfried Hauf (Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion) * Stefanie Kropp (Vorsitzende der CDU-Fraktion)

1. Einordnung & Kontext

Das Stadttheater Rüsselsheim weist erheblichen Sanierungsbedarf auf. Die geschätzten Kosten für eine grundhafte Sanierung belaufen sich auf mindestens **50 Millionen Euro**. Angesichts eines prognostizierten Haushaltsdefizits der Stadt von rund **85 Millionen Euro** für das Jahr 2025 entbrannte kurz vor der Sommerpause eine politische Debatte über das Verschieben oder Strecken der Sanierungsmittel.

Ein fraktionsübergreifender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25./26. Juni 2025 beauftragte den Magistrat mit einem umfassenden Haushaltskonsolidierungskatalog. Darin wurde auch festgelegt, die Großsanierung des Theaters vorerst zurückzustellen. Dies löste einen offenen Brief von Rüsselsheimer Kulturpreisträgern der letzten 20 Jahre aus, die den Erhalt und die Sanierung fordern. Am Tag der Sendung (04.08.2025) veröffentlichte Oberbürgermeister Patrick Burkart eine Pressemitteilung, in der er das Theater als "nicht verhandelbares, identitätsstiftendes Kulturdenkmal" bezeichnete und ein klares politisches Bekenntnis forderte, um externe Fördergelder beantragen zu können.

2. Positionen der Beteiligten

Kulturschaffende (Doris Andörfer & Sigrid Rös)

- **Identität und Architektur:** Das Theater ist das markanteste architektonische Gebäude der Neuzeit in Rüsselsheim und stiftet lokale Identität. Ein kontinuierliches Verschieben gefährdet die Bausubstanz akut.
- **Alternativlosigkeit für Großevents:** Für etablierte, überregional strahlende Formate wie die *Rüsselsheimer Filmtage* (Cinema Concetta) gibt es keine adäquate Ausweichspielstätte. Das Haus verfügt über 865 Plätze und bietet eine einzigartige Atmosphäre sowie hervorragende Akustik. Alternative Orte wie die Werkhalle oder die geplante Motorworld (ca. 1.000 Plätze) sind konzeptionell nicht für alle Formate vergleichbar oder noch nicht realisiert.
- **Sanierungsstrategie:** Statt einer unbezahlbaren "grundhaften Sanierung" am Stück wird ein modulares Vorgehen vorgeschlagen. Durch jährliche, kleinere Bauabschnitte während der Sommerpausen (z. B. Strangsanierungen, Brandschutzkompromisse mit Behörden, Inliner-Verfahren bei Regenwasserrohren) soll der laufende Spielbetrieb gesichert werden.

Politik (Stefanie Kropp, CDU & Wilfried Hauf, SPD)

- **Grundsätzliches Bekenntnis:** Beide Fraktionen betonen, dass ein einstimmiger Beschluss vom 14.12.2023 zum Erhalt des Theaters weiterhin Gültigkeit besitzt. Niemand fordere die Schließung, die Frage sei das "Wann" und "Wie" der Finanzierung.
- **Informationsdefizit durch den Magistrat:** Die Betriebskommissionen sollten im April und die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2025 über konkrete bauliche Fakten und Varianten informiert werden. Da diese Daten bis August nicht geliefert wurden, fehle der Politik die valide Entscheidungsgrundlage für die Haushaltsplanung 2025.
- **Priorisierung im Gesamthaushalt:** Angesichts maroder Infrastruktur in anderen Pflichtbereichen (z. B. Schulen mit akut stinkenden, unzumutbaren Toilettenanlagen) muss die Politik Prioritäten setzen. Einzelschicksale von Institutionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, aber der Haushalt muss genehmigungsfähig bleiben. Zudem wird angemerkt, dass jede Theaterkarte derzeit mit rund 42 Euro aus städtischen Mitteln bezuschusst wird.

3. Analyse & Synthese

Der Konflikt entzündet sich primär an der Kommunikationsachse zwischen Magistrat (Verwaltung/Oberbürgermeister) und der stadtverordneten Versammlung (Ehrenamtspolitik). Während der Oberbürgermeister via Pressemitteilung ein schnelles Bekenntnis für Drittmittelanträge einfordert, verweist die Politik auf ihre Budgethoheit und verweigert Blankoschecks ohne detaillierte Kosten-Nutzen-Analysen.

Die entscheidende Erkenntnis liegt in der technischen Differenzierung der Sanierung: Die von der Verwaltung veranschlagte Maximallösung ("grundhafte Sanierung" für 50 Mio. Euro) blockiert den Prozess aufgrund der Haushaltslage komplett. Die von den Kulturschaffenden ins Spiel gebrachte pragmatische Alternative einer prioritätenbasierten Instandhaltung (Substanzerhalt und Brandschutzmindeststandards) bietet den einzig realistischen Ausweg, um die Schließung durch akute Mängel zu verhindern, ohne den Stadthaushalt zu sprengen.

4. Handlungsempfehlungen

1. **Lieferung der Faktenbasis:** Der Magistrat muss unverzüglich die ausstehenden Berichte der Architekten und Fachplaner an die Betriebskommission und die Stadtverordneten übermitteln.
2. **Prüfung von Planungsvarianten:** Es ist eine Minimalvariante zu kalkulieren, die ausschließlich die rechtlich zwingenden Brandschutzauflagen und die Verkehrssicherheit garantiert, um den Betrieb kurz- bis mittelfristig zu sichern.
3. **Kompaktes Bekenntnis für Fördermittel:** Die Fraktionen sollten das bestehende Bekenntnis von 2023 formal erneuern, um den Magistrat handlungsfähig für Drittmittelanträge zu machen - gekoppelt an die Bedingung, dass Großinvestitionen erst nach Vorlage des finalen Förderbescheids freigegeben werden.